

N I E D E R S C H R I F T
über die
öffentliche Sitzung des Gemeinderates
DER STADT ST. GEORGEN IM SCHWARZWALD

Tag: Mittwoch, den 22.11.2023
Ort: Rathaus, großer Sitzungssaal
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 19:15 Uhr

ANWESEND:

Vorsitzender

Herr Michael Rieger

Ehrenamtliche Mitglieder

Herr Peter Fichter

Herr Axel Heinzmann

Frau Kirsten Heinzmann

Herr Kai Noel

Frau Beate Rodgers

ab 17.40 Uhr

Herr Dirk Schmider

Herr Ernst Laufer

Herr Vincenzo Sergio

Herr Gabriel Dörr

Herr Oliver Freischlader

Herr Guido Santalucia

Herr Hansjörg Staiger

Frau Karola Erchinger

Herr Gerd Haas

Frau Hedwig König

Herr Fritz Weißer

Herr Dr. Jörg Zimmermann

Herr Jochen Bäsch

Herr Andre Müller

ab 17.40 Uhr

Sachkundige Einwohner

Herr Hartmut Breithaupt
Herr Franz Günter
Herr Joachim Kieninger
Herr Klaus Lauble
testuser

Ortsvorsteher Langenschiltach
Ortsvorsteher Oberkirschach
Vertreter des Stockwalds
Ortsvorsteher Peterzell
Jugendgemeinderäte Rania Rieger und
Selina Wagner

Beamte, Sachverständige usw.

Frau Blanka Amann
Herr Giovanni Costantino
Frau Victoria Dillmann
Herr Markus Esterle
Herr Alexander Tröndle

Schritfführer

Frau Nicole Dorer

ABWESEND:

Ehrenamtliche Mitglieder

Herr Constantin Papst	entschuldigt
Herr Hans-Peter Rieckmann	entschuldigt
Herr Georg Wentz	entschuldigt

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest:

1. Das Gremium ist durch Ladung vom 09.11.2023 ordnungsgemäß einberufen worden.
2. Das Gremium ist beschlussfähig.

1 Fragestunde für Einwohner

Protokoll:

Es gibt keine Anfragen von den anwesenden Bürgern.

2 Bekanntgaben, Verschiedenes

Protokoll:

- a) Bürgerinformationsabend 25.11.23
Bürgermeister Rieger lädt zum Bürgerinformationsabend am 25.11.23, 19.00 Uhr, in die Stadthalle ein. Einlass ist bereits um 18.00 Uhr.
- b) Energieeinsparung Straßenbeleuchtung
Bürgermeister Rieger erklärt, als im letzten Jahr zum Energiesparen aufgerufen wurde, habe die Stadtverwaltung u.a. die Leuchtzeiten der Straßenlaternen reduziert. Von 1.00 bis 4.00 Uhr wurden diese aus Energiespargründen ausgeschaltet. Der Gemeinderat hatte sich im Anschluss dafür ausgesprochen, diese Zeiten so beizubehalten. Nun seien immer mehr Beschwerden eingegangen, dass sich die Menschen unsicher fühlten. Aus diesem Grunde werde es in Absprache mit dem Gemeinderat eine Änderung geben. Von Freitag auf Samstag und von Samstag auf Sonntag werde die Beleuchtung wieder nachts durchgängig eingeschaltet.

3 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 18.10.2023

Protokoll:

- a) Der Gemeinderat hat einem Grundwassermonitoring bei einer Sanierungsanlage zugestimmt.
- b) Der Gemeinderat hat einer Planungsvergabe für den Ersatzneubau der Brücke in der Talstraße, Bereich Jugendhaus, zugestimmt.
- c) Der Gemeinderat hat einem Waldtausch im Zuge des Bebauungsplanes „Hagenmoos/Engele“ zugestimmt.

4 SAN V-Entscheidung zur südlichen Ausbauerweiterung der Gewerbehallestraße
Vorlage: 162/23

Protokoll:

Stadtbaumeister Tröndle erläutert die Vorlage. Im Zuge der neuen Tiefgarageneinfahrt sei der obere Bereich um die Tiefgarageneinfahrt der Gewerbehallestraße mit saniert worden. Beim Ausbau sei die Problematik aufgetaucht, dass zum einen bei der Verengung die Gefahr bestehe, dass auf den Gehweg ausgewichen werde und zum anderen ein Quergefälle in Richtung A. Maier-Gebäude bestehe. Im Abschluss zur alten Gewerbehallestraße sei ein Höhenunterschied von 40 bis 50 cm vorhanden. Mit Faktorgrün wurde der Ausbau weiterentwickelt. Es seien zwei Bauabschnitte entstanden, „Teil 2 Nord“ und „Teil 2 Süd“. Der Beschlussvorschlag sei aufgrund der Kosten für den Ausbau „Teil 2 Nord“ formuliert. Bei einem Ausbau beider Teile sei der Vorteil, dass die Gewerbehallestraße dann aus einem Guss wieder hergestellt sei und durchgehendes Material und Materialgleichheit seien gegeben. Zudem könnten die Leitungen in einem Zuge durchgezogen werden. Ein Problem stelle die Zufahrt zur Posttiefgarage dar. Eine Förderung sei noch nicht beantragt und daher auch nicht sicher, ob diese komme oder nicht. Aus technischer Sicht spreche alles für einen Vollausbau.

Bürgermeister Rieger gibt zu bedenken, dass für die Post die TG-Zufahrt freigehalten werden müsse. Der Winter stehe vor der Tür und eine eingestellte Baustelle sei nicht dienlich. Aus diesem Grund sei zuerst geplant gewesen, „Nord“ und später „Süd“ auszubauen.

Stadträtin Erchinger erkundigt sich, ob die Parkplätze beim A. Maier wegfallen würden.

Stadtbaumeister Tröndle bejaht dies für die Sanierungszeit.

Stadträtin Erchinger spricht den Kreuzungsbereich mit der Gerwigstraße an und wie mit dem Übergang umgegangen werde.

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, die Kreuzung sei in der Komplettplanung. Evtl. müsse es eine Asphaltanpassung geben.

Stadtrat Freischlader spricht sich für den Ausbau beider Teile aus, wenn dies finanziell leistbar sei. Mit dem nächsten Bauabschnitt werde vor dem Winter sicher nicht begonnen werden können. Er stellt die Frage, wie wahrscheinlich es sei, dass die Förderung komme und wie breit die Straße im Bereich des neuen Fußgängerüberweges sei.

Stadtbaumeister Tröndle kann zur Förderung keine Aussage treffen. Die Straße sei im Bereich des Überweges einspurig, etwa 4,75 m.

Stadträtin König sieht die Probleme der Posttiefgarage auch wenn die Maßnahmen aufgeteilt würden. Daher solle versucht werden, die Straße

aus einem Guss fertigzustellen. Es gebe Mehrkosten aber auch Vorteile. Günstiger werde die Maßnahme bei getrennter Ausführung wahrscheinlich auch nicht und auch nicht schöner.

Stadtrat Bäsch sieht auch den Komplettausbau als die bessere Variante an. Nachteil sei, dass für die Bürger die Straße nun noch länger zu sei und die Einzelhändler gerne so schnell wie möglich eine Fertigstellung sähen. Er stellt die Frage, ob beide Maßnahmen einfach so vergeben werden könnten.

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, der Hauptauftrag umfasse ca. 6 Mio. Euro. Da sei ein Nachtrag kein Problem.

Stadtrat Schmider schlägt vor, die Ecke im Bereich Gerwigstraße auszusparen und mit Ausbau der Gerwigstraße aufzunehmen. Das spare auch Kosten.

Stadtbaumeister Tröndle könne sich einen Cut in dieser Ecke gut vorstellen. Evtl. könne die gesamte Treppenanlage ausgespart werden und mit dem Ausbau der Gerwigstraße erfolgen.

Bürgermeister Rieger fragt an, ob es förderschädlich sei, wenn der Auftrag vor Beantragung der Förderung vergeben werde, was von Stadtbaumeister Tröndle verneint wird.

Stadtrat Laufer stimmt auch für den Komplettausbau. Er fragt, ob die Engstelle eng genug sei oder ob evtl. versucht werde doch aneinander vorbeizukommen und dies dann zu Unfällen komme.

Stadtbaumeister Tröndle sieht die Engstelle für zwei Fahrzeuge uneinladend. Er ist der Meinung, es müsste funktionieren.

Stadtrat Fichter ist der Ansicht, dass es, wenn die Gerwigstraße weiterhin als Einbahnstraße bestehen bleibe, einen anderen Verkehr als bisher in der Gewerbehallestraße geben werde. Er sieht kein Problem mit der Engstelle.

Kämmerin Amann führt aus, durch die Mehreinnahmen der Gewerbesteuer in diesem Jahr könnten beide Aufträge vergeben werden.

Aus der Mitte des Gemeinderats kommt der Antrag, den Beschlussvorschlag auf einen Vollausbau abzuändern. Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Rieger erklärt, die Förderung in Höhe von 285.000 Euro sei sicher, der Anschlussförderantrag werde gestellt.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat beschließt den südlichen Ausbau der Gewerbehallestraße „Teil 2 Nord und Süd“ auf Basis der Kostenberechnung

von faktorgruen mit Gesamtkosten in Höhe von ca. 598.791,07 € brutto. Die Bauausführung erfolgt auf Basis des Hauptangebots der Firma Peter Gross Bau GmbH.

- b) Die erforderlichen überplanmäßigen Ausgaben werden aus den Mehreinnahmen der Gewerbesteuer gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 20
Ablehnung: ./.
Enthaltung: ./.

**5 Haushalt 2024; Vorstellung des Entwurfs und 1. Beratung
Vorlage: 163/23**

Protokoll:

Bürgermeister Rieger eröffnet die Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2024 mit seiner Haushaltsrede:

„Rede zur Einbringung des Haushaltes für das Jahr 2024:

Stadt investiert entgegen vieler Trends in die Zukunft der Innenstadt

In einer Zeit, in der sich alles rasanter verändert als jemals zuvor und die man aufgrund von Kriegen, Unruhen, Fluchtbewegungen, inflationären Kostensteigerungen, Klimawandel, von Rohstoff- und Wohnungsmangel auch als neue Ära bezeichnen kann, in einer Zeit, in der fast täglich schlechte Nachrichten geliefert werden, immer weniger Menschen noch fünf Tage die Woche arbeiten wollen, oder von einer 32-Stunden-Woche gesprochen wird, in so einer Zeit ist es nicht ganz so einfach, eine Haushaltsrede und auch einen Haushalt zu Papier zu bringen, der nur von Optimismus geprägt ist.

Wir kommen die letzten Jahre nicht aus dem Dauerdruck heraus und deshalb verstehe ich den Unmut und die Sorgen vieler Menschen, die deswegen auch bei mir in der Bürgersprechstunde mehr und mehr ihr Herz ausschütten. Vielen Dank für das Vertrauen. Aber immer häufiger sind wir in den Rathäusern auch diejenigen, die für die vielen Sorgen der Menschen den Kopf hinhalten müssen und Adressat der Unzufriedenheit sind, die sich mittlerweile mehr und mehr im Land ausbreitet.

Wir sind auch immer mehr diejenigen, von denen man im Zeitalter des „Work-Life-Balance“ Hilfe erwartet, ohne sich mal zu fragen, dass man sich vielleicht einmal selbst helfen könnte und auf eigenen Beinen steht. Wir helfen gerne, wenn wir können und wenn wir überzeugt sind, dass es richtig ist.

Aber irgendwann gibt halt auch die beste Kuh keine Milch mehr, wenn ich auf die wachsenden Ansprüche und vor allem auf die stetig steigenden Aufgaben sehe, die seit vielen Jahren auf die Kommunen übertragen wer-

den.

Zusätzliche millionenschwere Aufgaben wie der Glasfaserausbau, der mal eine staatliche Aufgabe war und jetzt eine städtische Aufgabe ist, die Energiewende, der Klimaschutz, die Digitalisierung oder die mangelnde finanzielle Unterstützung im Bereich Schul- und Kindergartenneubau, bringen hohe Kostensteigerungen und hohe personelle Aufwendungen für die Stadt mit sich.

Das sind Kosten, welche (siehe eine sehr spannende Aufstellung im Südkurier-Online von Mitte Oktober), die Haushalte vieler Gemeinden sehr strapazieren. Nur ganz wenige der 1101 Gemeinden in Baden-Württemberg gelten als schuldenfrei, bspw. kleinere Kommunen, die vielleicht nur eine Schule, einen Kindergarten, keine Ortsteile, keine Bäder und Hallen, dafür aber ein großes Gewerbegebiet haben.

Ich empfehle, sich die Umfrage mal anzuschauen. Wir liegen im landesweiten Ranking trotz vieler Investitionen im oberen Drittel und im Schwarzwald-Baar-Kreis im oberen Viertel. Deshalb klage ich nicht, bin aber auch nicht euphorisch, ich möchte lediglich die Rahmenbedingungen für diesen Haushalt ansprechen dürfen.

Der Gemeindetag Baden-Württemberg hat vor nicht allzu langer Zeit ein Positionspapier mit einer klaren Botschaft beschlossen: Ich zitiere:

„Die Kommunen befinden sich im Dauerkrisenmodus. Kommunale Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger haben in den vergangenen zehn Jahren fast ausschließlich Krisen erlebt und immer in gesamtstaatlicher Verantwortung gehandelt, so Gemeindetagspräsident Steffen Jäger. Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg, Inflation, Wirtschaftskrise, Klimawandel. Diese multiplen Krisen müssen zeitgleich von den Städten und Gemeinden auf örtlicher Ebene und oftmals vom selben Personal gelöst werden.

„Zugleich stellen wir jedoch fest, dass über die letzten Jahre und Jahrzehnte von Bundes- und Landespolitik immer neue Leistungen und Rechtsansprüche zugesagt wurden und das Maß an Bürokratie zwischenzeitlich zu einer Komplexität führt, die kaum mehr zu bewältigen ist.

Wenn ein Unternehmen bauen will, dauert es mitunter Jahre, den ganzen Bürokratiewahn abzuarbeiten. Wir wiederholen heute, was wir bereits vor dem 24. Februar 2022 gesagt haben: Die Grenze der gesamtstaatlichen Leistungsfähigkeit ist überschritten.

Die Belastungsgrenze in den Rathäusern ist erreicht. Allein die Sicherung des Ist-

Zustands des kommunalen Leistungsportfolios erfordert heute einen Kraftakt. Wir können die großen Zukunftsaufgaben wie Klimaschutz, Digitalisierung und nachhaltige Daseinsvorsorge nicht mit den bisherigen politischen Antworten hinkommen. Es braucht eine klare und ehrliche Analyse der aktuellen Lage, eine realistische Bewertung des Leistbaren sowie eine neue Festlegung des Erforderlichen.“

Politik muss den Rahmen für ein am Allgemeinwohl orientiertes Zusammenleben schaffen. Dazu gehören neben der inneren und äußeren Sicherheit, der sozialen Absicherung auch und insbesondere die Gewährleistung der Daseinsvorsorge.

Diese leisten zu einem großen Teil die Städte und Gemeinden, deshalb muss ihrer Leistungsfähigkeit eine hohe Bedeutung beigemessen werden.“
Zitat Ende!

Und um diese Daseinsvorsorge vor Ort haben wir uns, wir hier im GR zu kümmern, und zwar mit den verbliebenen Mitteln und Spielräumen, die uns die angedeuteten finanziellen Mehraufwendungen und die stetige Aushöhlung unserer Finanz- und Planungshoheit noch lassen. Mittlerweile müssen dutzende Behörden und „Träger öffentlicher Belange“ wie beispielsweise verschiedene Verbände angehört werden, ob, wie und wo sich in einer Kommune noch etwas entwickeln darf.

Wenn dann aber noch Menschen hinzukommen, die uns aus der Anonymität heraus in Misskredit bringen wollen, die versuchen, uns auf sozialen Medien vorzuführen, die dem persönlichen Gespräch aus dem Wege gehen, dann wird es im Umgang untereinander langsam kritisch.

Wir haben öffentliche Sitzungen, offene Fraktionsbesprechungen, Bürgerinfo-Abende und eine Bürgersprechstunde, die übrigens schon von über 1200 Bürgerinnen und Bürgern besucht wurde. Ich habe beim besten Willen nicht noch die Zeit, mich auf sozialen Medien auszutauschen, vor allem dann nicht, wenn sich der Gegenüber nicht zu erkennen gibt. Wer etwas sagen möchte und seine Meinung vertritt, was ich übrigens immer gut finde, soll doch dazu stehen, offen kommunizieren und sagen, wer er/sie ist. Denn die Frage, wie wir -und das habe ich am Volkstrauertag schon gesagt, wie wir gemeinsam in Zukunft leben wollen, das müssen wir alle gemeinsam miteinander verhandeln.

Dafür ist die Haushaltsdiskussion ein guter Anlass.

Unser Bundespräsident hat einmal gesagt, dass Demokratie nur existieren kann, wenn sich die Menschen an ihr beteiligen und sie mit Leben füllen. Deshalb appelliere ich auch an diejenigen, die sich nur auf Social Media wohl fühlen, lassen Sie sich doch auch bei Wahlen aufstellen, beteiligen Sie sich, übernehmen Sie Verantwortung und befassen Sie sich mit den Themen.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Mitglieder des Gemeinderats, unsere Stadt leistet sich nicht alle 15 Jahre, auch nicht alle 10 Jahre sondern im Schnitt alle drei Jahre eine Großinvestition wie bspw. die Sanierung des Hallenbades, des Klosterweiher, des Bärenplatzes oder des Marktplatzes, der Tiefgargen und des Rathauses sowie zahlreicher Straßen und vieles andere.

Wir verzagten und verzagen wegen der anhaltenden Krisen also nicht. Im

Gegenteil, wir gehen seit Jahren den entgegengesetzten Weg und investieren auch jetzt und in den kommenden Jahren ganz erheblich in die Zukunft unserer Stadt. Wir stecken den Kopf nicht in den Sand, sondern entwickeln unsere Bergstadt weiter.

Und trotzdem gehören wir noch zu den Kommunen im Land, die finanziell nicht schlecht dastehen! Wir schwammen und schwimmen aber nicht im Geld! Das war nie meine Aussage, sondern es war die Aussage, die sich eine Zeitung als Überschrift ausgesucht hat. Aber:

Wir haben gut gewirtschaftet und es geschafft, und das unterstreiche ich ganz dick, dass wir seit der Finanzkrise im Jahr 2011 keine Kredite mehr im Kernhaushalt aufgenommen haben, stattdessen kontinuierlich Schulden abgebaut und Rücklagen aufgebaut haben um bis ins Jahr 2024 ohne neue Verbindlichkeiten im Kernhaushalt auszukommen. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben wir zudem seit vielen Jahren nicht mit Steuererhöhungen belastet!

Das muss man uns bei allem, was wir in St. Georgen in den letzten Jahren geschultert haben, auch erst mal nachmachen. Die Kreditaufnahmen bei den Stadtwerken sind bisher überwiegend dem Glasfaserausbau geschuldet. Das war aber von Anfang an so kommuniziert, weil wir diese Zusatzaufgabe ansonsten nicht geschultert bekommen. Deshalb ist jeder Anschluss für uns wichtig, weil wir dafür vom Netzbetreiber eine Gebühr bekommen, mit der eigentlich der Kredit bedient werden soll.

Das alles geht leider immer wieder unter, aber ist doch auch mal erwähnenswert, vor allem, wenn man die Situation im gesamten Land betrachtet. Nun also ist der Zeitpunkt erreicht, wo auch wir mal wieder Kredite aufnehmen müssen, ähnlich, wie es im privaten Bereich der Fall ist, wenn jemand sein Haus baut oder sein Unternehmen erweitert. Vielerorts ist das gewöhnlich, bei uns ist es etwas besonders, weil es lange nicht mehr vorkam.

Warum ist das so?

Eigentlich kämen wir sogar 2024 nochmals ohne Kredite aus. Wir bilden aber bereits jetzt eine Rückstellung für das Jahr 2025 in Höhe von weit über 5 Mio €, um die dann abzuführende extrem hohe Kreisumlage zu begleichen. Es ist auch mal erwähnenswert, dass von uns in den letzten 10 Jahren rund 54 Millionen Euro Kreisumlage abgeführt wurden. Zum besseren Verständnis: von einem Euro Steuereinnahmen bleiben ca. 24 Cent in der Stadt, der Rest ist abzuführen.

Zudem: Die ohnehin schon enorme Vielfalt der kommunalen Aufgaben nimmt stetig zu, es wird uns ganz selbstverständlich immer mehr aufgebürdet, aber irgendwann geht es halt ans Geld.

Beispiele:

Jedes Jahr steigt der Betriebsaufwand kommunaler Einrichtungen:

Allein in diesem Bereich, also bei den Bädern, Schulen, Musikschule, Kin-

dergärten, Museen, Sportstätten, Winterdienst etc. (siehe Seite 30 im Vorbericht zum Haushalt 2024) müssen wir einen Abmangel, also eine Differenz zwischen Aufwand und Ertrag in Höhe von 9 Millionen Euro schultern. Der Kostenanteil bspw. der Eltern in allen Kindergärten liegt immer noch weit von den 20 % entfernt, die eigentlich anvisiert werden sollten und bei unseren Eintrittsgeldern und Gebühren bei den freiwilligen Leistungen sind wir nach wie vor sehr moderat unterwegs!

Das wird als selbstverständlich angesehen, aber zum besseren Verständnis: Um allein im Hallenbad eine Kostendeckung zu erreichen, müssten wir bei gleicher Besucherzahl bei den Eintrittsgeldern ganz deutlich im zweistelligen Euro-Bereich liegen. Das ließe sich für alle städtischen Einrichtungen so belegen. Wir tun also bereits enorm viel, um unsere Bürger nicht zu belasten.

Wir investieren regelmäßig bspw. in den Ausbau und in die Ausstattung unserer Kindergärten, auch in die, die nicht in städtischer Trägerschaft sind.

Wir investieren auch regelmäßig in unsere Schulen. Gleichzeitig steigen die auferlegten Qualitätsstandards beim Bauen, bspw. im Brandschutz sowie auch generell wegen den einzuhaltenden Massen an Vorschriften und Vorgaben immer mehr. Von daher steigt auch der jährliche Abmangel bzw. das Minus in dieser Bilanz, was unseren Ergebnishaushalt mittlerweile doch stark beansprucht.

Zu den Personalkosten, die in der Öffentlichkeit immer Anlass zu Diskussionen geben, erwähne ich es ganz deutlich:

Unser Personal ist die wichtigste Ressource. Wir arbeiten mit weniger MitarbeiterInnen, wie Städte vergleichbarer Größe und wir liegen mit ca. 24 % Personalkostenanteil am Gesamthaushalt im Vergleich mit anderen Kommunen sehr gut! Im Übrigen kommt die Steigerung für 2024 fast ausschließlich durch die über 10%ige Tarifierhöhung. Es war der teuerste Tarifabschluss aller Zeiten.

Im Haushalt 2024 sind Investitionen in Höhe von rd. 13,6 Mio Euro vorgesehen, im Vergleich zu 9,6 Mio im Jahr 2023.

Den Schulen wollen wir den Weg ins digitale Zeitalter ermöglichen. Um diesen Weg auch erfolgreich zu gehen, braucht es viel Geld. Dazu nehmen wir aktuell am Schulzentrum rd. 600.000 € in die Hand und investieren auch 2024 in die Ausstattung mit digitalen Tafeln an der Robert-Gerwig-Schule (RGS) rd. 400.000 €, wohlwissend, dass damit verbunden auch ein entsprechender Unterhaltungsaufwand einher geht. Wir können allerdings nicht alle Schulen gleichzeitig bedienen, sondern müssen auch wegen verschiedener Vorbereitungsarbeiten der Reihe nach vorgehen.

Aber die Digitalisierung ist der neue Weg. Damit das alles auch entsprechend funktioniert, müssen wir weiteres Geld in die Sanierung der Elektroinstallation in der RGS (momentan nur 2-Adrig) investieren. Parallel dazu möchten wir noch die Beleuchtung austauschen, was mit insgesamt rd. 1,2 Mio Euro zu Buche schlägt.

Möglicherweise kommen heute bzw. im Laufe der Beratungen noch ca. 80.000 € dazu, wenn wir die dringend notwendige Verschattung der Sporthalle der RGS beschließen sollten. Auch für die Entschlammung des Klosterte Weihers wird eine weitere Teilzahlung fällig, dafür sind 2024 noch 450.000 vorgesehen.

Für den Straßenbau (Spittelbergstraße, unterer Teil und Gehwege) sowie der Umrüstung auf LED-Beleuchtung schlagen wir vor, rd. 1,2 Mio € zu veranschlagen.

Auch die Verbesserung der Abwasserbeseitigung soll weitergeführt werden. So beabsichtigen wir, überwiegend im Rahmen der Umsetzung des Generalentwässerungsplanes rd. 1,5 Mio € aufzuwenden, um Kanäle zu sanieren, neue Regenüberlaufbecken zu bauen, einen sog. Retentionsbodenfilter anzulegen, die Kanalisation Vohenlohe auf den Weg zu bringen und die Kanalsanierung in der Spittelbergstraße abzuschließen.

Unsere Feuerwehr, jeden Tag zu jeder Stunde einsatzbereit im Ehrenamt: Wir in St. Georgen stehen zu unseren Feuerwehrleuten, die ehrenamtlich für ein sehr hohes Maß an Sicherheit sorgen. Es ist in unserem eigenen Interesse, die Feuerwehr zeitgemäß auszustatten. Wir haben die letzten Jahre bereits einige dringende Fahrzeugneubeschaffungen vollzogen. Auch für den Haushalt 2024 schlagen wir vor, u.a. dringend benötigte Mannschaftstransportwagen anzuschaffen, in die Schlauchwerkstatt zu investieren und im Feuerwehrhaus Peterzell die restlichen Ausbesse-

rungsarbeiten fertigzustellen.

Ja, und dann kommt die Stadtsanierung:

Auch auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederholen muss: Wir, also Verwaltung und Gemeinderat, wir sind die, die das alles abwickeln müssen. St. Georgen wurde in den 70ern in vielen Teilen neu gebaut. Der enorme wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland war auch überdurchschnittlich stark in der Stadt zu spüren. Firmen expandierten, sie zahlten viele Steuern und boten viele Arbeitsplätze. Wohngebiete schossen aus dem Boden, Straßen, Schulen, Kindergärten, Bäder, Sport- und Stadthallen, die Innenstadt mit Marktplatz, Rathaus und Tiefgaragen wurden neu gebaut.

Nun, 50 bis 60 Jahre später, ist alles gleichzeitig in einem stark sanierungsbedürftigen Zustand, ist nicht mehr zeitgemäß und teilweise auch in einem sicherheitsrelevanten Bereich angekommen.

Einige unserer Immobilien, überwiegend aus den 60ern, sind ebenfalls in keiner guten Verfassung mehr. Einige wurden bereits saniert, andere müssen noch, (bspw. das Schulzentrum oder das Haus der Vereine), wie weitere Teile der städtischen Infrastruktur auch, grundlegend saniert werden. All dies begleitet uns gleichzeitig zu den vorhin erwähnten steigenden Aufgaben, die wir ebenfalls finanziell und personell stemmen müssen.

Aber auf dem Weg zu einer nachhaltigeren und resilienten Stadtentwicklung und auch zu mehr dringender Ästhetik führt kein Weg mehr an der Stadtsanierung vorbei.

Aus diesem Grund haben wir vor Jahren mit einem ganz klaren Gemeinderatsbeschluss eine Sanierungssatzung „Innenstadt“ beschlossen und wir müssen das Sanierungsgebiet zeitnah abwickeln und abrechnen, deshalb dürfen wir keine Zeit verlieren, wenn wir hohe Fördergelder erhalten wollen.

Auf der ganzen Welt stehen Städte vor ganz erheblichen Verwandlungsprozessen. Der soziale Wandel, der Klimawandel sowieso, steigende Ansprüche an die Aufenthaltsqualität, die Sicherung des Einzelhandels, die Schaffung dringender Begegnungsorte, der Kampf um Fachkräfte sowie Einwohner und damit verbunden die notwendige Attraktivität des Stadtbil-

des, all das macht es notwendig, im Städtebau des 21sten Jahrhunderts umzudenken.

Und da haben wir doch jetzt mit unserer Stadtsanierung eine riesengroße Chance. Je mehr mitmachen, umso besser und schönes steht die Stadt hinterher da. Allerdings befinden wir uns in einer Zeit, in der die Kosten in den letzten Jahren nur eine Richtung kannten, nämlich steil nach oben. Besserung ist wohl nicht in Sicht! Wir sanieren aber dennoch genau zur richtigen Zeit!

Denn es sind entweder unaufschiebbare Maßnahmen oder wir sind als Kommune im Rahmen der Daseinsvorsorge dazu verpflichtet. Wir müssen außerdem gerade jetzt dazu beitragen, dass die Wirtschaft Aufträge bekommt!“ Antizyklisches Verhalten ist gefordert!

Die Innenentwicklung unserer Stadt ist zudem eines der Kernthemen unserer Zeit und ein wichtiger Baustein unserer Stadtentwicklung. Darauf haben wir jetzt seit Jahren hingearbeitet und sind mitten in der Umsetzung. Unsere Innenentwicklung muss ganz besonders den Anspruch an die Nutzungsvielfalt, an mehr Grün, an mehr Schatten, an nachhaltiges Bauen, an Erhalt statt Abriss und an energetische Aspekte erfüllen.

Wir wollen, dass unsere Bürger künftig sagen können, wir haben jetzt endlich wieder eine schöne, eine erlebbare Mitte, wie es sich für eine Stadt unserer Größe und unserer wirtschaftlichen Bedeutung gehört! Und da haben wir in der Tat viel vor!

Neugestaltung des Marktplatzes mit 4,4 Mio €, der Einstieg in die dringende Rathausanierung mit 1,6 Mio € sowie die weitere Sanierung der Marktplatz Tiefgarage im Betrag von 3 Mio € und den Abschluss des Roten Löwen mit 500.000 €.

Für all diese beschriebenen Maßnahmen zapfen wir unsere Rücklagen an und planen dann auch erstmals eine Kreditaufnahme von ca. 5,5 Mio €. Ja, wir haben so gut es eben ging, vorgesorgt, Rücklagen gebildet um so lange wie möglich ohne Kredite auszukommen. Aber nun geht es nicht mehr ohne! Aber ist es verwerflich, Kredite aufzunehmen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich wiederhole es gerne noch einmal:

Unser finanzieller Spielraum wird nun enger. Das liegt aber nicht daran, dass wir nicht wissen, wie es geht, sondern dass wir trotz zum Teil hoher Ansparungen bei gleichzeitig vielen Investitionen jetzt in die Phase der Kreditaufnahmen kommen. Wir haben es sehr lange ohne geschafft, was allerdings kaum Beachtung fand.

Wir sind übrigens kein Unternehmen, das ein Produkt herstellt und am Markt verkauft und dafür einen Preis X verlangen kann und zudem auf Gewinnmaximierung getrimmt ist.

Wir sind kein Unternehmen, werden aber wie ein Unternehmen behandelt und müssen unsere Abschreibungen erwirtschaften. Wir arbeiten, was die Verantwortung und Größe unserer Projekte angeht, wie ein Konzern, leben aber einzig und allein von Steuereinnahmen und Zuweisungen.

Beides können wir nur bedingt beeinflussen, bspw. durch die Ausweisung neuer Gewerbe- und Wohngebiete, weil die Realsteuern, also Gewerbesteuer und Anteil an der Einkommenssteuer, unsere wichtigsten Einnahmequellen sind.

Mehr Firmen und mehr Einwohner begünstigen in der Regel unsere Steuereinnahmen und senken ggf. unsere Fixkosten. Deshalb haben wir bspw. schon lange ein Auge darauf, welche Firmen wir nach St. Georgen lotsen. Die aktuellen gesetzlichen Restriktionen -und deshalb sprach ich eingangs davon, dass wir eigentlich keine Planungshoheit mehr haben-, verhindern regelrecht, dass wir Vorsorge für bestehende Unternehmen treffen können, von Neuansiedlungen ganz zu schweigen.

Wir können planen, soviel wir wollen, aber wenn selbst die Genehmigung zur Umnutzung von Industriebrachen so kompliziert ist wie das Bauen auf der Wiese, dann stimmt halt etwas nicht mehr.

Wenn Bauanträge aufgrund unzähliger Vorschriften über ein Jahr dauern, die Änderung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen über zwei Jahre beanspruchen und man uns, einem traditionellen Wirtschaftsstandort, eigentlich keine Flächenerweiterungen mehr zugesteht, dann baut auch irgendwann keine Firma mehr in St. Georgen.

Nur sollte allen, denen das egal ist klar sein, dass wir genau von diesen Einnahmen leben und unseren Lebensstandard finanzieren!

Somit wird es immer schwieriger, unsere Einnahmeseite den Entwicklungen auf der Ausgabenseite anzupassen.

Ein weiteres, großes Ärgernis ist, dass uns vorgeschrieben ist, dass wir für „fast alles“ kosten- und zeitintensive Gutachten vorlegen müssen. Das zieht sich quer durch den gesamten Themenkomplex einer Stadt und ist kaum noch nachzuvollziehen.

Gleiches gilt für neue Einwohner (Einkommenssteueranteil). Wo keine Baugebiete mehr sind, wird es schwer, neue Einwohner zu finden und wenn dann sogar noch die Innenverdichtung, also die Nutzung innen liegender Grundstücke verhindert werden soll oder wir keinen Zugriff auf attraktive Flächen bekommen, wird es noch schwieriger, bei den Realsteuern auf einem guten Niveau zu bleiben. Wir können zudem die Menschen nicht zwingen, sich in einem freien Land ein gebrauchtes Haus zu kaufen sondern sollten bei der Flächenentwicklung in überschaubarem Maße ermöglichen, dass Familien weiterhin ihr Haus bauen können.

Das, was in der Wirtschaft an Kosten an den Kunden weitergegeben wird, wären bei uns im Übrigen die Anpassung der Steuern. Das möchte ich einfach nur mal nebenbei erwähnen. Das haben wir aber nicht vor, weil die

Menschen genug belastet sind. Aber ich möchte das einfach auch mal klarstellen und auf die Kuh, die ich einleitend erwähnt habe, zurückkommen.

Wir versuchen seit Jahren das Kunststück hinzubekommen, bei allen steigenden Ausgaben alles abzufedern und nicht an die Bürgerinnen und Bürger weiterzugeben.

Auch beabsichtigen wir, im Bereich der Wasserversorgung und auch beim Thema Stromerzeugung mit Photovoltaikanlagen ein gutes Stück weiterzukommen. In Peterzell wollen wir für über 400.000 € eine Ersatzwasserversorgung herstellen und für rd. 60.000 € am Rupertsberg in die Planung eines neuen Wasserbehälters einsteigen.

Insgesamt fast eine halbe Million Euro sind vorgesehen für neue Photovoltaikanlagen auf dem Roten Löwen, beim Bauhof sowie der Übernahme der Anlage auf der Rupertsbergschule.

Aber um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, bedarf es der Mithilfe aller. Es genügt nicht, wenn einzelne Privatpersonen und die Stadt sich engagieren. Dafür sind schließlich sehr Viele, dann sollten bitte auch Viele dabei sein!

Auch für den Glasfaserausbau sind weitere 1,4 Mio Euro vorgesehen.

FAZIT:

Es liegen wie immer große Aufgaben vor uns, dieses Mal allerdings mit völlig anderen Rahmenbedingungen. Deshalb war es mir wichtig, am Anfang ausführlich darauf einzugehen.

Die Aufgaben, die in St. Georgen darauf warten, angegangen zu werden, gehen uns so schnell nicht aus. Weitere öffentlichen Gebäude stehen bereits in der Warteschleife und freuen sich auf ein Lifting.

Wir werden aber unser Bestes tun, damit wir unsere zahlreichen Aufgaben erfüllen können. Dafür bitte ich auch Sie, liebe Gemeinderatsmitglieder, um Unterstützung.

Mit dem überzeugenden Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und mit dem Vertrauen unserer Bürgerinnen und Bürger werden wir auch diese Zeiten meistern.

Zum Schluss noch mein Wunsch an Bund und Land:

Belasten Sie uns Kommunen nicht mit weiteren Aufgaben, ohne die Kosten dafür zu tragen. Es reicht ganz einfach. Das gilt insbesondere für den geplanten Rechtsanspruch bei der Ganztagesbetreuung. Wer solche Gesetze verabschiedet, hat dafür zu sorgen, dass die Finanzierung zu 100 % gesichert ist und dass klar geregelt ist, wie die Umsetzung in den Städten und Gemeinden zu erfolgen hat.

Der Zuzug vieler Menschen bedeutet auch, dass wir keine Kindergartenplätze mehr frei sondern mittlerweile zu wenige Plätze haben.

Es gibt derzeit keine Förderprogramme für Kindergartenneubauten. Auch da sollte sich schnellstens etwas ändern.

Trotz allem bin ich positiv gestimmt, denn wir können uns unsere Zeit nicht aussuchen, sondern müssen das Beste aus ihr machen. Es ist zwar wesentlich schwerer geworden bei diesen Rahmenbedingungen, aber die Situation muss uns anspornen und motivieren, dagegen zu halten, zuversichtlich zu bleiben und nicht in Lethargie zu verfallen und auch Mut zu

haben, diese Investitionen umzusetzen.

Ich danke meiner Verwaltung für ihre hervorragende Arbeit und dem Gemeinderat und auch Jugendgemeinderat für das Vertrauen und das stets sehr große Engagement zum Wohle unserer Bergstadt.

Nun übergebe ich an Frau Amann.“

Kämmerin Amann erläutert anhand einer Präsentation den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2024

Auch im Jahr 2024 seien keine Steuererhöhung eingeplant. Die pauschalen Ansätze für die Straßenunterhaltung mussten um 120.000 Euro gekürzt werden. Bei der Feldwege- und Gebäudeunterhaltung würde es keine Kürzungen geben. Die Fortbildungskosten der Verwaltung wurden allgemein um 50 % gekürzt. Bei den Schulmitteln gebe es keine Kürzungen. Für das Jahr 2024 sei eine Kreditaufnahme in Höhe von 5,7 Mio. Euro eingeplant.

Im Ergebnishaushalt werde für das Jahr 2024 mit 38.318.200 Euro bei den ordentlichen Ergebnissen geplant. Mit ordentlichen Aufwendungen von – 40.513.100 Euro ergebe dies ein Ordentliches Ergebnis von – 2.194.900 Euro. Mit den außerordentlichen Erträgen von 127.900 Euro, den außerordentlichen Aufwendungen von – 183.500 Euro und dem Sonderergebnis aus Altlasten in Höhe von – 55.600 Euro ergebe dies ein Gesamtergebnis von – 2.250.500 Euro.

Die größten Abweichungen bei den Erträgen seien:

Grund- u. Gewerbesteuer	2.800.000 Euro
Gemeindeanteil an der ESt	108.400 Euro
"Schlüsselzuweisungen aus dem FAG"	-967.200 Euro
Umsatzsteueranteil	39.900 Euro
sonst. Steuern, Kurtaxe	83.000 Euro
Kindergartenlastenausgleich	111.600 Euro
Erlöse aus Holzverkauf	85.000 Euro
Verwaltungskostenbeitrag Stadtwerke	35.000 Euro
Eintrittsgelder, Verwalt.- u. Benutzungsgeb.	71.200 Euro
Zuschüsse/Beiträge	722.200 Euro
Finanzerträge	215.700 Euro
Mehrerträge aus diesen Positionen	3.304.800 Euro

Die größten Abweichungen bei den Aufwendungen seien:

Personalaufwand	844.240 Euro
Unterhaltung Grundstücke und baul. Anlagen	130.800 Euro
Unterh. d. Außenanlagen	-38.300 Euro
Unterhaltung der Buswartehäuschen	170.000 Euro
Unterh. der Ortsstraßen	-20.000 Euro
Unterhaltung d. Kläranlage	100.000 Euro
Unterh. d. Abwasserkanäle	40.000 Euro
Unterhaltung bewegliches Vermögen	21.200 Euro
Wartung Gebäude	26.700 Euro

Wartung Maschinen und Geräte	12.000 Euro
Gebäudebewirtschaftung	-373.750 Euro
Aufwand. f. Planungen d. Dritte	35.000 Euro
Zuschuss ev. Kindergärten	-28.200 Euro
Gewerbsteuerumlage	288.200 Euro
Finanzausgleichsumlage	725.400 Euro
Kreisumlage	1.091.900 Euro
Mehraufwand aus diesen Positionen	3.025.190 Euro

Im Finanzhaushalt werde mit einem Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 234.100 Euro gerechnet. Mit den Einzahlungen (5.262.700 Euro) und Auszahlungen (-13.635.200 Euro) aus Investitionstätigkeit und dem Saldo aus Finanzierungstätigkeit (5.521.800 Euro) ergebe sich eine Veränderung des Finanzmittelbestands in Höhe von – 2.616.600 Euro.

Die voraussichtliche Liquidität werde zum Jahresende 2024 mit 1.015.528 Euro eingeplant. Dies aus dem Grund, dass zweckgebundene Rücklagen in Höhe von 5.314.700 Euro gebildet werden müssen, da diese im Jahr 2025 fällig würden. Die Mindestliquidität betrage 640.273 Euro.

Investitionen (> 50.000 €) sind im Haushalt vorgesehen:

Robert-Gerwig-Schule (Sanierung Elektroinstallation mit Austausch Beleuchtung, Notausstiege und Rasterdecken) netto	1.253.000 €
Erwerb Hardware wegen Umzug Rathaus in A.Maier	131.000 €
Modernisierung Schlauchpflegeeinrichtung	75.000 €
Anschaffung 2 Mtw (Langenschiltach und Oberkirnach) netto	114.000 €
Anschaffung Digitaler Tafeln (Robert-Gerwig-Schule)	306.000 €
Weitere Maßnahmen Digital Pakt	80.000 €
Entschlammung Klosterweiher netto	450.000 €
Ausbau Spittelbergstr. B 33 – Im Beifang	950.000 €
Umrüstung Straßenbeleuchtung auf LED	200.000 €
Öffentliche Spielplätze (neue Spielgeräte)	50.000 €
Sanierung Roter Löwen, netto	500.000 €
Rathausanierung Planung, netto	780.000 €
Neugestaltung Markt- u. Rathausplatz netto	4.295.000 €
Teilsanierung Kanal im Inlinerverfahren	320.000 €
RÜB Bauhof netto	61.600 €
Retentionsbodenfilter Rötzenwiesen netto	643.000 €
Kanalsanierung Spittelbergstr. B33 – Im Beifang	270.000 €
Kanalisation Vohenlohe	140.000 €

Nachträgliche Änderungen:

Feuerwehr – Modernisierung Schlauchpflegeeinrichtung	+20.000 €
--	-----------

Bei den Stadtwerken erklärt Kämmerin Amann ergebe die Planung für die Wasserversorgung 123.000 Euro, für Photovoltaik 6.000 Euro, für die Tiefgaragen einen Verlust von 300.000 Euro und bei der Breitbandversorgung einen Verlust von 176.000 Euro. Das Gesamtergebnis der Stadtwerke werde mit einem Verlust von 347.000 Euro geplant.

Für die Wasserversorgung seien Maßnahmen in Höhe von 1.380.000 Euro vorgesehen. Photovoltaikmaßnahmen von insgesamt 470.000 Euro seien eingeplant sowie 2.850.000 Euro für die Tiefgaragensanierung und 1.400.000 Euro für den Breitbandausbau.

Stadtrat Schmider weist auf die Bezeichnungsfehler bei den Schulträgeraufgaben hin.

Stadtrat Heinzmann spricht die Negativliste an. Hier sei die Fenstersanierung bei der Rupertsbergschule aufgeführt. Er ist der Meinung, energetische Maßnahmen sollten durchgeführt werden, da diese auf Dauer Geld einsparten.

Bürgermeister Rieger antwortet, diese Maßnahme sei bei der Streichrunde aus dem Haushaltsplan gefallen und auf 2025 verschoben.

Kämmerin Amann erklärt, im Ergebnishaushalt gebe es wenig Spielraum. Wenn die Fenster saniert werden sollen, müsse etwas anderes gestrichen werden.

Stadträtin Erchinger ist der Meinung, der Robert-Gerwig-Schule sollten die 2.000 Euro, die auf der Negativliste stehen, zugestanden werden. Es gehe um Materialkosten für Eigenarbeiten.

Kämmerin Amann antwortet, diese Mittel seien noch aus den Schulmitteln verfügbar.

Stadträtin König erkundigt sich nach dem Wickelsystem für den Kindergarten in Höhe von 5.000 Euro.

Herr Esterle antwortet, es gehe nicht nur um eine Wickelaufgabe, sondern um einen vom Schreiner angefertigten Schrank mit Wickleinheit.

Stadtrat Freischlader fragt an, warum für den Mensaeinkauf 40.000 Euro weniger eingeplant seien.

Kämmerin Amann erklärt, sie habe sich am Ergebnis aus dem letzten Jahr orientiert.

Bürgermeister Rieger erwähnt, das Ergebnis könne an Corona gelegen haben, die Mensa sei in dieser Zeit nicht voll geöffnet gewesen.

Stadträtin Erchinger erkundigt sich nach den Brückenüberprüfungen.

Stadtbaumeister Tröndle führt aus, die Brückenüberprüfungen seien verpflichtend. Die letzte habe im Jahr 2002 stattgefunden. Sie solle alle sechs Jahre erfolgen. Alle Brücken auf einmal sei nicht stemmbar. Es sollten nun kontinuierlich fünf Brücken überprüft werden. Je nachdem, was bei einer Prüfung herauskomme, könne es zu Folgekosten kommen.

Ortsvorsteher Breithaupt weist darauf hin, der Parkplatz gegenüber dem Rathause solle technisch erschlossen werden. Allerdings könne diese Maßnahme mit dem geplanten Breitbandausbau erfolgen.

6 Anfragen aus dem Gremium

Protokoll:

Energiebericht 2023 – Heizungsanlage Bildungszentrum
Stadtrat Heinzmann geht noch einmal auf den zuletzt vorgestellten Energiebericht und die Heizkostensteigerung am Bildungszentrum ein. Laut Vertrag sei der Leistungspreis fix und der Arbeitspreis variabel und orientiere sich am Gasbezugspreis. Dieser habe sich aber laut Energiebericht kaum verändert.

Herr Winterhalter wird dies aufarbeiten.

Für die Richtigkeit:

Der Vorsitzende:

Die Mitglieder:

Der Schriftführer:

St. Georgen, 28. November 2023